

## Verbandsgemeinderat - Haushaltsrede 2007

Haushaltsrede Bürgermeister Karl Heinz Simon - TOP 10 der Verbandsgemeinderatssitzung am 20.12.2006 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2007

Wenn ich mit einigen Vorbemerkungen zum Haushaltsentwurf der Verbandsgemeinde für 2007 beginne, dann ist sicherlich als erstes einmal positiv zu vermelden, dass der Entwurf des Verwaltungshaushaltes nach erheblichen Defiziten in der Planung 2004 und 2005 jetzt zum zweiten Male in Folge bereits im Plan wieder ausgeglichen ist und sogar der Umlagesatz der Verbandsgemeinde-Umlage um einen Punkt auf 35 Punkte zurückgeführt werden soll.

Das die Kommunen damit insgesamt über den Berg sind, wäre jedoch eine verfrühte Feststellung. Dennoch, der Tiefpunkt scheint 2004 gewesen zu sein und seitdem geht es wieder aufwärts.

Der Haushalt 2007 wird nach unserer Planung der letzte Haushalt sein, den wir nach dem seit 1975 geltenden Haushaltsrecht und damit nach kameralistischem System konzipieren. Dies bedeutet, ab 2008 wird alles Anders sein! Ob dann alles besser sein wird, ist eine ganz andere Frage. Eines melden die Kommunen, die zum 01.01.2007 umstellen, jedoch schon vorab: die Gemeinden haben keinen Euro mehr in der Tasche und der Haushalt wird den doppelten Umfang an Seiten besitzen

Auch die kommunalen Spitzenverbände, welche jahrelang sehr laut und vernehmlich nach der Doppik gerufen haben, sind zwischenzeitlich leiser geworden und werfen jetzt auch einen Blick auf die mit der Einführung verbundenen Kosten.

Der aufgrund großer Sparbemühungen der Verwaltung einerseits und mit der durch die Verwaltung sehr intensiv betriebenen Erwirtschaftung außerordentlicher Einnahmen andererseits erzielte Überschuss in der Jahresrechnung 2005 entlastet entgegen der mittelfristigen Finanzplanung den Etat-Entwurf 2007 sehr deutlich und erspart uns die eigentlich vorgesehene Abdeckung des geplanten Fehlbedarfs im kommenden Jahr.

Darüber hinaus haben wir durch das äusserst positive Rechnungsergebnis 2005 wieder einen Betrag der Rücklage zuführen können, der einerseits nicht wegzuleugnende Haushaltsrisiken abdecken und darüber hinaus als Startkapital für Infrastrukturmaßnahmen mit überörtlicher Bedeutung unter der Regie der Verbandsgemeinde dienen könnte.

Was die von mir in dieser Hinsicht angestrebte neue Zuständigkeit für die Verbandsgemeinde angeht, besteht allerdings &ndash; so das Ergebnis der Ortsbürgermeister-Dienstbesprechung Ende November &ndash; noch einiger Gesprächsbedarf. Die von den Ortsbürgermeistern gebildete Arbeitsgruppe wird ihre Arbeit daher im neuen Jahr fortsetzen.

Gestatten Sie mir zu Beginn vielleicht einen Blick in unsere Ortsgemeinden. In 2004 konnten 11 unserer Ortsgemeinden ihren Etat ausgleichen; diese Zahl erhöhte sich in 2005 auf 14 Ortsgemeinden. In der Jahresrechnung 2005 schafften sogar 17 Gemeinden den Etat-Ausgleich und weitere 2 Gemeinden konnten darüber hinaus vorhandene Alt-Fehlbeträge aus Vorjahren teilweise reduzieren. In 2006 haben sogar 15 unserer 24 Ortsgemeinden ihren Etat im Plan ausgleichen können; also &ndash; und ich sage dies in Anführungsstrichen &ndash; &bdquo;nur&ldquo; 9 nicht ausgeglichene Haushalte.

Dies unterscheidet uns wohltuend von vielen anderen Verbandsgemeinden, auch wenn Neun nicht ausgeglichene Haushalte immer noch Neun zu viel sind! Von fehlendem Haushaltsausgleich sind bei uns insbesondere die größeren Gemeinden an der Mosel betroffen. Nur eine Gemeinde an der Mosel weist 2006 einen ausgeglichenen Etat auf &ndash; das Jahresergebnis bleibt abzuwarten.

Die Entwicklung auf der Einnahmeseite lässt jedoch auch einen Lichtstreif am Horizont nicht nur erahnen, sondern auch schon sehen. Der Anstieg der Umlagegrundlagen von 2006 auf 2007 &ndash; es sind rund 547.000 &euro; kommt zu 45,1 % - dies sind 246.000 &euro; - unseren Ortsgemeinden zu Gute, zu 37,5 % (gleich 206.000 &euro;) dem Landkreis und zu 17,4 % gleich 95.000 &euro; der Verbandsgemeinde. Kritisch bleibt jedoch die Situation in einzelnen Gemeinden aufgrund vorhandener Alt-Fehlbeträge.

Dennoch haben wir in der Haushaltssatzung aufgrund unserer Einschätzung der aktuellen Situation die Ermächtigung für Kassenkredite um 20 % auf jetzt 4 Millionen &euro; absenken können.

Die kommunale Wetterlage &ndash; wenn man das einmal so bezeichnen will - ist weiterhin als durchwachsen und bewölkt zu beschreiben. Durch leichte Lücken in den Wolken erreichen uns dennoch schon einzelne erfreuliche Sonnenstrahlen. Die verbesserte gesamtwirtschaftliche Lage schlägt sich, wenn auch noch eingeschränkt, auch auf die kommunalen Haushalte durch.

Ob es bei der aktuellen Förderalismusdiskussion in Bezug auf die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gelingt, auch die kommunalen Finanzen neu zu ordnen und damit die Kommunen dauerhaft auf gesunde Füße zu stellen, bleibt abzuwarten. Ziel muss sein, die Finanzausstattung der Kommunen wieder in Einklang mit der Aufgabenzuweisung zu bringen! Das ist für mich die spannendste Frage. Es tut sich hier &ndash; aber das war zu erwarten - eine sehr zähe Diskussion auf.

Zusammenfassend ist in der allgemeinen haushaltswirtschaftlichen Bewertung festzuhalten, dass es durchaus beachtenswerte Lichtblicke gibt, die das Dunkel in der kommunalen Haushaltswirtschaft jedoch noch nicht entscheidend aufhellen. Hier bleibt noch Vieles zu tun und auf eine weitere gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu hoffen.

Zurückzukommen auf die Situation bei uns: Nach dem Tiefpunkt 2004 verspüren wir jetzt zum dritten Mal in Folge einen Anstieg der Umlagegrundlagen.

Nennenswerte Gründe hierfür sind : Die landesdurchschnittliche Steuerkraft steigt an auf 690 Euro/Einwohner, also um 83 &euro;; damit auch der Schwellenwert für die Bemessung der Schlüsselzuweisungen A. Dies bringt unseren Gemeinden rd. 287.000 &euro; mehr an Schlüsselzuweisungen A. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigt an um 175.000 &euro; und die Grundsteuer B um 50.000 &euro;. Wie im vergangenen Jahr von mir bereits prognostiziert sinkt die Gewerbesteuer und zwar um rund 250.000 &euro;. Dies hängt mit dem im Vorjahr erwähnten Einmal-Effekt zusammen, wobei der Trend insgesamt jedoch durchaus erfreuliche Aspekte aufweist.

Der Anstieg der Umlagegrundlagen würde damit - bei gleichem Umlagesatz - ein Mehraufkommen an Umlage von 110 T &euro; erbringen.

Darüber hinaus hat der Landtag in diesen Tagen das Landesfinanzausgleichsgesetz geändert und die bisherigen Bedarfszuweisungen den Schlüsselzuweisungen zugeschlagen. In Folge dessen wurde der Schwellenwert als Bemessungsgrundlage für die Schlüsselzuweisungen A angehoben. Die 20 Gemeinden, welche Schlüsselzuweisungen A erhalten, bekommen damit je Einwohner 23 &euro; mehr aus dem Finanzausgleich, in der Summe sind dies rd. 238.000 Euro, die jedoch Teil der Umlagegrundlagen sind.

Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes sinkt in diesem Jahr um 146.500 &euro;. Dies hängt maßgeblich mit der drastischen Reduzierung der Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV sowie der tatsächlichen Besetzung von Stellen zusammen.

Allgemeine und Finanzverwaltung: Das Projekt des Jahres wird die Umstellung auf die Kommunale Doppik werden. Wir sehen uns hier vor einer großen Herausforderung sowohl was die Umstellungsarbeiten als auch die künftige Bewältigung angeht. Für die Schulung von Mitarbeitern und Ratsmitgliedern sind im Plan entsprechende Mittel eingestellt.

Bebauungspläne: Daneben sind auch Gelder eingeplant zur Digitalisierung der gemeindlichen Bebauungspläne sowie des Flächennutzungsplanes.

Kriminalprävention: Neu im Plan eingestellt sind Mittel für die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates, der in 2007 seine Arbeit aufnehmen wird. Zur offiziellen Gründungsveranstaltung am 06. März 2007 hat der rheinland-pfälzische Minister des Innern und für Sport, Karl-Peter Bruch, sein Erscheinen zugesagt.

Feuerwehr: Im Feuerwehrbereich müssen wir die Ansätze um rd. 10.000 &euro; anheben. Nennenswert sind hier

insbesondere der Anstieg der Strom- und Heizkosten sowie die Berufung weiterer Gerätewarte, insbesondere für den Bereich der sehr sensiblen Atemschutzgeräte.

Jugend-Seniorenbüro: Auch die Zuschuss-Mittel für Jugend- und Seniorenarbeit bleiben nach den Kürzungen der Vorjahre eingefroren. Die begonnene Arbeit wird jedoch intensiv durchgeführt, da zwischenzeitlich gerade im Seniorenbereich ein sehr aktiver Arbeitskreis aufgebaut werden konnte.

Senioren: Die Anzahl der Veranstaltungen im Seniorenbereich (Fahrten, Info-Veranstaltungen, Kultur-Veranstaltungen, gesellige Treffen, Erkundung unserer Heimat) ist beachtlich, was sich auch im Haushalt widerspiegelt, wobei wir hier jedoch einen sehr hohen Grad der Kostendeckung durch Teilnehmerbeiträge haben.

Jugend: Im Jugendbereich war ursprünglich vorgesehen, Mittel für die Einrichtung eines Jugendtaxis bereit zustellen. Zwischenzeitlich ist ein solches jedoch auf Landkreis-Ebene beschlossen worden und kreisweit ist dies sicherlich sinnvoller als eine Insel-Lösung auf Verbandsgemeinde-Ebene.

Der Bildungsbereich hatte und hat bei uns weiterhin oberste Priorität, auch in der Finanzausstattung: Dies macht sich sowohl bei den Investitionen als auch bei den laufenden Aufwendungen bemerkbar.

Der Netto-Aufwand der Verbandsgemeinde für unsere Schulen insgesamt ist damit seit 1999 von 511 T&euro; auf 757 T&euro;; also um 48 %, angestiegen. In keinem anderen Bereich hat es solche Zuwächse gegeben. Dazu stehen wir in der Verwaltung und betrachten diese Entwicklung als gute Investition in die Zukunft!

Bemerkenswert für 2007 sind hier leider die steigenden Energieaufwendungen mit Stromkostensteigerungen von bis zu 57 %; aber auch die Personalausweitung im Bereich der Schulen mit Schulsekretariat und Hausmeisteraufgaben.

Der Netto-Aufwand je Schüler ist damit in den vergangenen 8 Jahren von 386 &euro; auf 706 &euro; angestiegen. Je Einwohner wendet die Verbandsgemeinde damit 44,65 &euro; auf, ein beachtlicher Wert! Noch nicht berücksichtigt im Etat sind darüber hinaus noch anfallende Personalaufwendungen bei Einrichtung der Ganztagschule in Blankenrath.

Der Tourismus bietet Arbeitsplatz und Einkommen für viele Menschen in unserer Verbandsgemeinde. Aus allgemeinen Steuermitteln wendet die Verbandsgemeinde rd. 243.000 &euro; netto, bei 135.000 Gästen in 2007 netto 1,75 &euro; für die Gewinnung jedes einzelnen Gastes auf. Für jedes offiziell gemeldete Gästebett in der Verbandsgemeinde, es sind dies rd. 2.750 Betten im gewerblichen Bereich, sind dies sogar rd. 88 &euro; je Gästebett.

Ausgehend von diesen 2.750 Betten werden daneben pro Bett 52 &euro; von den Betrieben als Fremdenverkehrsbeitrag zur Mitfinanzierung der Aufwendungen der Ortsgemeinden gezahlt. Die Anhebung der Mittel für die Mosellandtouristik ermöglicht weitere wichtige touristische Projekte, z.B. auch Werbeveranstaltungen für die Mosel im Quellgebiet von Ryan Air, um das Gästepotenzial des Flughafens Hahn weiter zu nutzen.

Mit der Erhöhung der Aufwendungen für Veranstaltungen um 2.000 &euro; wollen wir darüber hinaus auch das kulturelle Angebot in der Verbandsgemeinde verbessern. Abhängig wird dies aber auch von der personellen Ausstattung in diesem Aufgabenbereich sein.

Mit dem Erlebnisbad unterbreiten wir nicht nur den Gästen, sondern auch unseren eigenen Bürgern ein attraktives Freizeit-Angebot. Während die Einnahmeseite trotz Angebotsverbesserungen stagniert, laufen uns durch die Entwicklung der Heizölpreise die Kosten davon. Bei einem jährlichen Heizölverbrauch von über 300.000 Litern macht uns jeder Cent an Preisanstieg deutlich zu schaffen. Dabei hat eine im Jahr 2006 vorgenommene energetische Überprüfung des Bades durch ein Ingenieurbüro ergeben, daß wir bis auf zwei alte Heizkessel (die wir in 2006 ausgetauscht haben bzw. in 2007 tun) absolut auf der Höhe der Zeit sind, auch was die derzeitige Brennstoff-Situation angeht.

Ein weiteres wichtiges Thema sind die Kosten der Unterkunft im Rahmen des Sozialgesetzbuches II.

Hier haben erneute Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund einerseits und den Bundesländern unter sich andererseits stattgefunden. Es wurde eine Kompromisslösung gefunden, mit der wir angesichts der Verhandlungslage zufrieden sein dürfen. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich gegenüber anderen Bundesländern durchgesetzt und die Kommunen in unserem Land erhalten hierdurch 53 Mio. &euro; mehr an Bundeszuschuss.

Wir haben in unserem Haushalt die Beschlusslage nachgezeichnet und konnten damit den Haushaltsansatz entsprechend reduzieren. Dennoch liegen die kalkulierten 214.000 &euro; im Sozialbereich rund 1/3 über dem, was vor der Reform von den Ortsgemeinden aufgebracht wurde. Insofern wurden die Ortsgemeinden durch die Übertragung der Finanzlast im Sozialbereich mit der jetzt erfolgten Senkung der Umlage um rd. 114.000 Euro in 2007 entlastet.

Auch heute noch, zwei Jahre nach Inkrafttreten, wissen wir aber leider nicht, in welchen Ortsgemeinden welche Kosten anfallen. Dies leistet die Software der ARGE bis heute nicht!

In unserem Etat nur noch von untergeordneter Bedeutung ist die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV. Statt wie bisher 75 Menschen, welche bei der Verbandsgemeinde, in den Schulen, im Abwasserwerk und bei den Gemeinden gemeinnützig tätig waren, wird dies künftig auf etwa 8-10 Personen zurückgeführt werden müssen.

Eine darüber hinausgehende Beschäftigung auf Kosten der Gemeinden wird in der Arbeitsverwaltung kritisch gesehen. Erst einmal sind alle AGH von der ARGE zum Jahresende gekündigt worden.

Die Personalkosten spielen eine besondere Rolle. Sie sinken gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % auf jetzt 2.756.000 Euro. Mit diesem Betrag haben wir einen Personalkostenanteil von 41,17 % und liegen weiterhin sehr günstig. Der Stellenplan wird um 0,03 Stellen (1 Stunde/Woche) ausgedehnt für den Bereich Schulsekretariat. Im Stellenplan noch nicht berücksichtigt sind dabei jedoch personelle Ausweitungen im Bereich unserer Ganztagschulen in Zell und künftig Blankenrath.

Im Hinblick auf die problematische Ausbildungssituation werden wir in 2007 erneut einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einrichten um damit 2 jungen Menschen eine Ausbildungschance zu eröffnen. Erstmal wird die Verbandsgemeinde damit gleichzeitig 6 junge Menschen ausbilden.

Im Vergleich des Stat. Landesamtes zu der Personalausstattung mit Verbandsgemeinden unserer Größenordnung wird deutlich, daß wir zum Einen eine unterdurchschnittliche Stellenausstattung haben und zum Anderen auch nicht alle Stellen besetzt halten. Dies ist eine wesentliche Ursache für die niedrige Umlagebelastung.

Bei den sächlichen Ausgaben ergibt sich im SN 2 &ndash; ein Anstieg um 13.000 &euro; auf jetzt 293.000 &euro;.. Seit 2001 &ndash; also über 6 Jahre - liegt damit der Anstieg bei 9 % und das, obwohl wir in dieser Zeit im SN 2 den deutlichen Anstieg bei den Kosten EWOIS-neu auffangen mussten.

Bei der Verbandsgemeinde-Umlage schlägt die Verwaltung wie erwähnt vor, den Umlagesatz um 1 Punkt abzusenken. Die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen in 2006, die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und weitere Sporbemühungen lassen dies trotz einiger erkennbarer Haushaltsrisiken zu.

Eines der Risiken ist sicherlich die anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer. Bei einem Sachkostenanteil von rund 2 Mio. &euro; im Verwaltungshaushalt macht die Steuererhöhung bei uns rund 50.000 &euro; aus. Dies kann man nicht mit links auffangen.

Nach der neuesten Ausgabe des Handbuches der Finanzstatistik RP mit den Daten für 2005 lag die VG mit ihrer Umlage von 36,0 Prozent an 19. Stelle von 163 VG's. Nur 18 Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz wirtschaften mit einem günstigeren Umlagesatz. Berücksichtigt man dabei die Sonderbelastung aus freiwilligen Aufgaben, die wir für unsere Gemeinden übernehmen, ist dies, wie ich meine, eine sehr beachtenswerte Aussage.

Umlagesätze sind jedoch insgesamt nur schwer zu vergleichen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Finanzkraft der Ortsgemeinden sowie auch unterschiedlicher Aufgabenwahrnehmung. Aber dennoch ist der Vergleich ein wichtiges Indiz

für die sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung unserer Verwaltung.

Lassen Sie mich nun zum Vermögenshaushalt kommen. Mit einem Volumen von 479.000 &euro; liegt er um rd. 500.000 &euro; unter dem Volumen des Jahres 2006. Das reine Investitionsvolumen liegt bei rd. 315.000 &euro;.

Aufgeschlüsselt setzen sich die Gesamtausgaben zu 21 % aus schulischen Investitionen, zu 34 % für die Sicherstellung des Brandschutzes, zu 1 % für die Verwaltung, zu 34 % aus ordentlichen Tilgungsleistungen, sowie zu 10 % aus sonstigen Ausgaben zusammen.

Was die Ausstattung unserer Feuerwehren angeht, wird auch mit dem Haushalt 2007 dokumentiert, daß wir das Engagement unserer Wehren hoch einschätzen. Dies gilt nicht nur für den Bereich der Hilfeleistungseinsätze, sondern auch für die vielen Stunden freiwilligen Engagements. Wie wichtig diese Arbeit und eine gute Ausstattung der Wehren ist, konnte ich in den vergangenen 7 Tagen bei mehreren gefährlichen Einsätzen unserer Wehren an Ort und Stelle in Blankenrath oder Merl hautnah miterleben.

Mein Dank gilt daher allen Verantwortlichen für ihre hervorragende Arbeit. Insbesondere danken möchte ich dem Wehrleiter und den Wehrführern sowie allen Feuerwehrfrauen- und -männern.

Bei den Investitionen ist geplant, ein Ersatzfahrzeug für die Feuerwehr Merl zu beschaffen und das vorhandene Fahrzeug Baujahr 1972, auszumustern. Daneben soll die Feuerwehr Hesweiler einen neuen TSA erhalten. Auch soll der beschlossene Bau der Halle in Mittelstrimmig realisiert werden, nachdem die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn jetzt vorliegt. Wir hoffen, daß wir jedoch auch mit dem Bau des 2001 beschlossenen Feuerwehrgerätehauses Altlay beginnen können. Unser Etat stellt die letzte Baukostenranche bereit und wir hoffen auf die Bewilligung der Landesmittel in 2007. Einem Baubeginn dürfte dann nichts mehr im Wege stehen.

Neu auf den Weg bringen wollen wir Ersatzfahrzeuge für das TSF in Pünderich sowie für TSF und SW Blankenrath, alles Fahrzeuge aus den 70er Jahren. Die beiden Fahrzeuge in Blankenrath sollen zu einem Mehrzweckfahrzeug zusammengefasst werden.

Über 6 Millionen &euro; an Investitionen in unsere Schulen seit 1999 unterstreichen neben dem lfd. Aufwand die Bedeutung von Bildung in unserer Verbandsgemeinde. Damit haben wir entsprechend unserer Aufgabenstellung die Voraussetzungen geschaffen, um unseren Kindern das bestmögliche Rüstzeug mit auf den Weg zu geben.

Eine intakte Schul-Infrastruktur ist aber auch ein äußerst wichtiges Kriterium für die Wohnortentscheidung junger Familien.

Die Errichtungsoption für zwei Ganztagschulen in Blankenrath sowie auch der Verlauf der von mir angeregten und in den vergangenen Monaten zwischen Verbandsgemeinde und Landkreis als den beiden Schulträgern sowie den beiden Schulen im Schulzentrum Zell-Kaimt geführten Gespräche um eine Stärkung des Schulstandortes Zell stellen weitere bedeutsame Schritte in der Entwicklung der Schullandschaft in der Verbandsgemeinde Zell dar.

Die maßgeblichen schulpolitischen Ziele der vergangenen Jahre - und ich nenne die Gemeinsame Orientierungsstufe mit dem Wunsch vieler Eltern nach der Möglichkeit einer späteren Schullaufbahnentscheidung, die Ganztagschule im Sekundarbereich, die Lösung der Problematik sinkender Schülerzahlen an der Hauptschule und ich erwähne als weiteren Diskussionspunkt in einem späteren Stadium auch das Abitur in Zell erscheinen mir durch eine kooperative Zusammenführung der Schulen mit vereinter Kraft lösbar geworden zu sein und ich schaue auch nach Rückkopplung mit Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und Bildungsministerium mit einigem Optimismus in die Zukunft.

Daneben führen wir verbandsgemeindeübergreifend auch Gespräche mit dem Ziel, unsere Schullandschaft insgesamt fit für die Zukunft zu machen und auf die demographische Entwicklung einzustellen.

Auch wenn die Investitionen in unsere Schulen in diesem Jahr bei &ldquo;nur&ldquo; 100.000 &euro; liegen, wird erkennbar, daß weitere große Aufgaben bevorstehen.

Für Sanierungsmaßnahmen im Schulzentrum Zell-Kaimt hat die Verbandsgemeinde als Träger der Hauptschule nach Abzug der 60-prozentigen Landesförderung einen Eigenanteil von voraussichtlich rund 261.000 &euro; aufzubringen. Eine erste Tranche von 34.000 &euro; finden Sie in diesem Jahr im Haushalt. Für die Errichtung der Ganztagschulen in Blankenrath sind 50.000 &euro; eingeplant, wobei wir mit einer Gegenfinanzierung durch Landeszuschüsse rechnen.

Wichtigste Finanzierungselemente im Vermögenshaushalt sind zweckgebundenen Zuweisungen in Höhe von insgesamt 78.000 &euro;; die Investitionsschlüsselzuweisungen von 62.000 &euro; sowie die Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 165.000 &euro;. Zum Ausgleich des Vermögenshaushalts ist eine Kreditaufnahme von 165.000 &euro; erforderlich, somit eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von 1.030 &euro;.

Der Gesamtschuldenstand der Verbandsgemeinde Zell wird sich Ende 2006 auf 3.370.000 &euro; belaufen. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei 198 &euro;. Der Landesschnitt der Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz liegt bei 290 Euro.

Beenden möchte ich meine Haushaltsrede mit meinem Dank an meine Mitarbeiter, insbesondere im Kämmereiwesen, welche mit großem Engagement das vorliegende Zahlenwerk ausgearbeitet haben.

Froh, meine verehrten Damen und Herren, bin ich darüber, dass die Investitionen der vergangenen Jahrzehnte in unseren Gemeinden ein Wohnumfeld und eine soziale Infrastruktur geschaffen haben, die sich sehen lassen können. Dies soll so bleiben!

Arbeiten wir daher gemeinsam an der Fortentwicklung unserer Heimat. Schauen wir optimistisch mit Mut und Zuversicht nach vorne. Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und bitte um Wortmeldungen